

"Der Landvogt kam nie gen Baden..." : Baden- ein habsburgisches Verwaltungszentrum nach 1400?

Autor(en): **Niederhäuser, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Badener Neujaarsblätter**

Band (Jahr): **78 (2003)**

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-324761>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Der Landvogt kam nie gen Baden ...»

Baden – ein habsburgisches Verwaltungszentrum nach 1400?

Peter Niederhäuser

Mit der Eroberung Badens durch die Eidgenossen 1415 fand die lange Epoche habsburgischer Herrschaft ein jähes Ende. Der Stein, wuchtiger Sitz des österreichischen Landvogtes, wurde zerstört, das dort untergebrachte zentrale Archiv der vorländischen Verwaltung in alle Windrichtungen zerstreut. Baden wurde allerdings kaum «befreit», wie die ältere Nationalgeschichte glauben machen wollte. Die Herrschaft übten anstelle habsburgischer nun plötzlich eidgenössische Amtsleute aus. Der Übergang von einer Macht zur anderen erfolgte praktisch nahtlos. Baden blieb Sitz eines Landvogts und zentraler Ort für überregionale Besprechungen. Fanden sich vor 1415 habsburgische Räte oder gar der Herzog in der Bäderstadt zu Amtshandlungen ein, so setzten in eidgenössischer Zeit die Tagsetzungen diese «Konferenz»-Tradition fort. So klar die Rolle Badens (und Bruggs) als österreichischer Tagungs- und Verwaltungsort zu Beginn des 14. Jahrhunderts fassbar scheint, so wenig ist jedoch über die spätere Funktion Badens innerhalb der vorländischen Verwaltung bekannt, als der Aargau mit der Verlagerung der habsburgischen Herrschaft nach Tirol und Österreich an Bedeutung verlor. Leitete nicht spätestens die für Fürsten und Adel so verheerende Schlacht bei Sempach die endgültige Abwertung der Vorlande zu einem Nebengebiet ein, das später treffend-ironisch als «Schwanzfeder des Kaiseradlers» charakterisiert wurde? Und welche Auswirkungen hatte diese Entwicklung für Baden?

Zwischen Vergangenheit und Zukunft

Als Sitz des Landvogtes und des Archivs der Vorlande war Baden um 1400 das wohl wichtigste politische Zentrum der habsburgischen Westgebiete. Trotzdem war die Stadt weit entfernt vom Rang einer «Hauptstadt» oder gar einer Residenz mit Hofhaltung. Die Anwesenheit des Landvogtes und die Abwicklung zahlreicher Amtsgeschäfte verliehen Baden wenigstens zeitweise höfischen Glanz, die prachtvollen Inszenierungen fürstlicher Herrschaft gehörten allerdings der Vergangenheit an. Gegen Ende des 14. Jahrhunderts besuchten die Herzöge – wenn über-

haupt – nur noch sporadisch die Vorlande; ihre Aufmerksamkeit galt weit stärker den machtpolitisch interessanteren Ostgebieten. Diese Vernachlässigung der alten Stammlande ermöglichte den eidgenössischen Orten eine Expansion auf Kosten Habsburgs. Kriege, Verpfändungen und eine meist schwache Präsenz der Herzöge machten deren Neuausrichtung sichtbar. Die Fürsten waren je länger, desto weniger willens oder fähig, in Krisenzeiten den Landfrieden südlich des Rheins zu wahren, gleichzeitig lähmten familiäre Streitigkeiten den Zusammenhalt des Hauses Österreich.¹

Um so überraschender musste deshalb die Politik Herzog Friedrichs IV. anmuten, der von seinem Bruder Leopold 1404 in die Regierung der Vorlande eingesetzt wurde, aber schon früher die Mitverantwortung übernommen hatte.² Obwohl Friedrich seine Herrschaft in erster Linie vom Tirol aus verwaltete, reiste er wiederholt durch die habsburgischen Stammlande und hielt sich bis zum Zusammenbruch seiner Herrschaft 1415 rund achtmal in Baden auf. Die Limmatstadt rückte damit wieder häufiger in den Mittelpunkt der habsburgischen Politik, sah sich aber von Orten wie Ensisheim, Thann, Schaffhausen oder Rheinfelden konkurrenziert, die ebenfalls wiederholt den Herzog und seinen Hofstaat beherbergten. Zweifellos standen hinter der stärkeren Präsenz Bemühungen, die angeschlagene österreichische Macht zu festigen. Wichtiger war zu Beginn aber sicher die Bewältigung von Krisen und Konflikten, welche die habsburgische Stellung südlich des Rheins gefährdeten. Die Einsetzung Friedrichs erfolgte nicht nur vor dem Hintergrund familiärer Auseinandersetzungen, sondern auch mit Blick auf die Appenzellerkriege, deren Auswirkungen die herzogliche Macht zu untergraben drohten und deshalb eine energische Hand erforderten. Als Sitz der Verwaltung, als Ort der Mobilisierung von Truppen, als zentrale Stadt für die Abhaltung von Besprechungen und Verhandlungen sowie als Bühne für die Inszenierung habsburgischer Herrschaft erlebte Baden für einige Jahre glanzvollere Zeiten. Das Haus Österreich stand zwar um 1400 auf dem Gebiet der späteren Schweiz mit dem Rücken zur Wand. Bis zur Eroberung des Aargaus 1415 hielt es sich aber durchaus die Möglichkeit einer erneuten Festigung seiner Position offen – die eidgenössische Expansion verlief nie geradlinig und war keineswegs irreversibel.

Ein erstes Mal kam Herzog Friedrich im Mai 1406 nach Baden. Zusammen mit seinem Bruder Leopold plante er einen erneuten Kriegszug gegen die Appenzeller, die dem Fürsten ein knappes Jahr zuvor eine schmachvolle Niederlage bereitet hatten. Während des Aufenthalts in Baden übertrug Leopold Friedrich endgültig die Regierungsgewalt, zog sich aus den Vorlanden mit Ausnahme des Elsasses und des Sundgaus zurück und hinterliess dem Bruder nicht nur einen gefährlichen Konflikt und gewaltige Schulden, sondern auch – unter dem Druck der

Umstände – eine neue politische Option.³ Am 12. Mai verpfändeten nämlich die beiden Herzöge in Baden ihre Gebiete in Churwalden und bei Sargans dem Grafen Friedrich von Toggenburg, um Kredite aus dem Appenzellerkrieg zu decken. Wenig später schloss Herzog Friedrich gar einen befristeten Frieden mit dem Bund ob dem See, seinem Gegner, und projektierte ein Landfriedensbündnis mit den Eidgenossen, das allerdings nie abgeschlossen wurde. Der Schuldenberg dürfte den Herzog zu dieser nachgiebigen Haltung gezwungen haben. Nicht nur der Graf von Toggenburg machte ein grosses Guthaben geltend. Am 23. Juli kam in Baden auch ein Darlehen des aus dem Piemont stammenden Zürcher Geldhändlers Pellete zur Sprache. Ende September und Anfang Oktober 1406 rückte Baden ein drittes Mal ins Rampenlicht, als der Herzog verschiedene Angelegenheiten im Aargau und Thurgau regelte.

Genauere Informationen über Beziehungen Friedrichs zu Baden erscheinen erst zwei Jahre später in einem Schriftstück. Am 5. November 1408 anerkannte der Herzog in einer in «Baden in Ergaw» ausgestellten Urkunde Schulden von 600 Gulden Ulrich Klingelfuss gegenüber. Die Hälfte stammte aus der Auslösung der Vogtei Baden, die andere Hälfte hatte der Badener Bürger «an unser Kost und Zerung ausgegeben, als wir yetzunt hie gelegen sein ...».⁴ Auch wenn nicht deutlich wird, wo genau der Herzog in Baden wohnte, so ist doch klar, dass der reiche Stadtbürger den kostspieligen Aufenthalt des Fürsten finanziert hatte und als Dank und Pfand die Vogtei mit den zur Burg Baden gehörenden Ämtern und Dörfern erhielt – ein damals durchaus übliches Vorgehen der Schuldendeckung. In den Blick geraten dabei bürgerliche Aufsteiger, die dank ihres Vermögens unter Habsburg eine schnelle Karriere durchliefen und städtische Ämter, Herrschaftsrechte auf der Landschaft sowie Aufgaben innerhalb der österreichischen Verwaltung zu einer einflussreichen Stellung zu verschmelzen wussten. Ulrich Klingelfuss wurde mit der Übernahme der Vogtei zum wohl bedeutendsten Badener und erwarb wenig später als habsburgischer Rat zusätzliches Prestige, das er in eidgenössische Zeit hinüberretten konnte.

Der Aufenthalt Herzog Friedrichs Ende 1408 war für einige Zeit der letzte. Tirol und Oberrhein nahmen einen immer wichtigeren Platz in der fürstlichen Agenda ein, während sich die exponierteren Gebiete südlich des Rheins vermehrt dem eidgenössischen Einfluss ausgesetzt sahen und sich von Friedrich im Stich gelassen fühlen mussten. Phasenweise drohte eine Auflösung der Vorlande, übertrugen doch zahlreiche Adlige ihre habsburgischen Pfandschaften an Konkurrenten Habsburgs oder suchten ihre Stellung auf Kosten Österreichs auszubauen – der Herzog war fern und seine Amtsträger allzu sehr auf sich gestellt, um dem Adel oder dem energischen Ausgreifen der eidgenössischen Orte einen Riegel zu

schieben. Zur Selbsthilfe und als unübersehbares Signal an den Fürsten schlossen am 10. Januar 1410 die Städte im Thurgau, Hegau, Schwarzwald und Aargau sowie zahlreiche aargauische Adlige ein Bündnis. Nachdem «unser Herrschaft [Österreich] Stett, Land und Lute von mangerlay Zugriffen [...] grösslich geschadget und bekumbert sind», fanden sie sich zu einer «Frundschaft» zusammen, damit sie «von derselben unser Herrschaft nit gedrengt werdint und by ir dest frilicher beliben mugen.»⁵ Schaffhausen war zwar Vorort, als einer der drei Verhandlungsorte nahm aber Baden eine wichtige Stellung ein. Mit diesem auf zwei Jahre befristeten Bündnis zeichnete sich deutlich ein regionales ständisches Bewusstsein ab. Aargauischer Adel und Städte vertraten ähnliche Interessen und fanden sich ohne Billigung des Herzogs zusammen, um die traditionelle Herrschaftsordnung aufrechtzuerhalten. Über den Erfolg dieser Bemühungen gaben sich allerdings einzelne Städte kaum Illusionen hin. Die Winterthurer beispielsweise merkten über ein Jahr später an, dass sie trotz dieser Freundschaft «nit alz wol versorget syen», ein Eingreifen des Herzogs bleibe höchst notwendig.⁶

Landfrieden und Machtdemonstration

Der Streit um die laufenburgische Erbschaft und die Beendigung anderer Konflikte lenkten die Aufmerksamkeit des Fürsten endlich wieder auf den Aargau. Ende Juni 1411 fanden sich auf Geheiss Friedrichs die habsburgischen Städte der Vorlande in Baden ein, um Klagen über den bedrohten Landfrieden direkt dem Herzog vorzutragen. Im Visier befand sich die Amtsführung des Landvogts Hermann von Sulz, zur Sprache kamen jedoch ganz unterschiedliche Anliegen, die nicht nur die Willkür adliger Herren, sondern auch Übergriffe eidgenössischer Orte anprangerten. Eine längere Klageschrift stammte von Baden, welche Landfriedensbrüche von Zürich, befremdliches Verhalten der Gessler, Einschränkungen der Gerichtsgewalt und Sorgen um den Kornmarkt auflistete. Aufhorchen lässt die Bemerkung, der Landvogt sei wegen des Kriegs «uff ein halb Jar [...] niegen Baden» gekommen, weshalb «menger rechtlos und schirmlos gelassen ist». Gleichzeitig seien «vil Angriff in dem Land beschehen, dadurch Land und Lüt Unser Herrschaft grösslich geschedget sind und dass Nieman sicher von einer Statt zu der andern fur ...».⁷ Die Abwesenheit des Landvogtes, des Vertreters des Herzogs, und die Rechtlosigkeit in den Vorlanden waren eng miteinander verknüpft. Herrschaft war an Personen gebunden, die vor Ort Recht sprechen und für Ordnung sorgen mussten. Nahm allerdings die Präsenz ab und fiel die legitimierende Autorität des Fürsten weg, standen die Herrschaftsverhältnisse bald zur Diskussion. In einem weiteren Schreiben forderte Baden deshalb den Herzog dringend zum Handeln auf, andernfalls komme er «umb Land und Lüt».⁸ Konnte sich Fried-



Herzog Friedrich «mit der leeren Tasche» (1382–1439): Obwohl sein Versuch, die Macht im Aargau erneut zu festigen, im Fiasko endete, zog der Habs-

burger über 1415 hinaus aargauische Adlige in den Bann. So auch Hans Wilhelm von Mülinen, der auf diese stark restaurierten, um 1420 entstan-

denen Votivbild in Wilten (Innsbruck) zusammen mit dem Herzog der Jungfrau Maria für die Lösung vom Kirchenbann dankt.

rich nicht endlich dazu aufrufen, die Situation im Aargau zu bereinigen, drohten die Stammlande verloren zu gehen. Vorerst begnügte er sich mit der Bestätigung und Ausweitung der Rechte von Städten, darunter Baden, und mit der Aufnahme von Gesprächen mit den Eidgenossen.

Obwohl der Aargau nur einer von verschiedenen kritischen Punkten der Vorlande darstellte, gelang dem Haus Habsburg hier eine eindruckliche Machtdemonstration, die eine erneute Stärkung der österreichischen Herrschaft einleiten sollte. Zwischen dem 15. Mai und 2. Juni 1412 hielt Friedrich in Baden einen grossen Lehentag ab – der letzte Höhepunkt der habsburgischen Epoche in der Limmatstadt. Auch wenn dieser Hoftag in seinem Ablauf nicht mehr rekonstruiert werden kann und Berichte von Zeitzeugen oder Chronisten vollständig fehlen, so zeigen Zeitpunkt – nicht zufällig bildete das Pfingstfest den religiösen Rahmen – und die Anzahl der innerhalb weniger Tage ausgestellten Lehenbriefe eindrucklich die Bedeutung des Zeremoniells auf. Mehrere Dutzend Urkunden sind erhalten geblieben, die alle in der Einleitung auf den Lehenstag verweisen: «Als wir [Herzog Friedrich] yetz unsre Lehen von newen Dingen beruft haben ze verleihen ...».⁹

Das Lehenwesen nahm zwar im Vergleich zu den Pfändern eine untergeordnete Rolle ein, bot aber über eine Intensivierung durchaus Möglichkeiten zur Festigung einer habsburgischen Klientel. Dieses Ziel dürfte Herzog Friedrich vor Augen gestanden sein, als er die Lehenleute im Thurgau und Aargau zu einer Bestätigung oder Neuverleihung der österreichischen Lehen aufforderte. Ein Lehenbuch wurde anscheinend nicht angefertigt; der Versuch einer Herrschaftsstraffung blieb damit Makulatur. Immerhin lässt aber der Ablauf Ansätze einer Ordnung erkennen. Der erste Tag war den thurgauischen Lehenleuten gewidmet, unter ihnen zahlreiche Adlige oder Angehörige der Winterthurer Oberschicht. Ab dem dritten Tag stand der Aargau im Vordergrund, wo auffallend viele Adlige Lehen besaßen. Privilegienbestätigungen oder Rechtsgeschäfte blieben bei dieser Zusammenkunft die Ausnahme. Festlichkeiten mit Gastmählern, Tanz und Turnier gehörten zweifellos zur Inszenierung von Macht und höfischem Glanz, lassen sich heute aber nicht mehr nachweisen. Geschickt verband Herzog Friedrich den Lehenstag mit dem Abschluss von Verhandlungen mit den Eidgenossen. Nachdem alle Lehen bestätigt und verliehen waren, besiegelten er und die eidgenössischen Orte am 28. Mai 1412 einen 50-jährigen «guoten getruwen Frieden».¹⁰ Bei Unstimmigkeiten war Baden fortan einer der Verhandlungsorte. Der Einbezug der habsburgischen Untertanen sollte nicht nur eine grössere Verbindlichkeit schaffen, sondern auch das grössere Gewicht der Regionen berücksichtigen, wie es im Bündnis vom 10. Januar 1410 zum Ausdruck gekommen war. Besonders auffallend war der

Passus, dass ein österreichischer Landvogt ausdrücklich den Frieden zu beschwören hatte.

Die Vorgänge im Frühsommer 1412 in Baden erlaubten Herzog Friedrich gegen innen wie gegen aussen eine Konsolidierung seiner gefährdeten Position. Die eidgenössische Einflussnahme wurde zurückdrängt, habsburgische Vasallen und Untertanenstädte wieder enger an die Herrschaft gebunden. Das grundsätzliche Problem der schwankenden Präsenz des Herzogs in den Gebieten südlich des Rheins blieb jedoch bestehen. In Baden hielt sich Friedrich nur noch im Herbst 1413 auf – ohne grössere Aktivitäten zu entfalten. Nach dem grossen Lehenstag fielen die Limmatstadt und der Aargau wieder ins zweite Glied zurück, die aufwändige Machtdemonstration erwies sich im Rückblick als folgenloses Intermezzo.

Der «Stein» als Verwaltungssitz

Unbestrittenes Symbol der habsburgischen Herrschaft war die Burg Stein. Über Grösse und Aussehen der die Klus dominierenden Festung vor der Zerstörung von 1415 wissen wir allerdings nur wenig (siehe den vorangehenden Artikel). Angesichts der topografisch beschränkten Situation scheint es eher zweifelhaft, dass der Stein dem Herzog bei den seltenen Aufenthalten als Residenz gedient hatte. Auch der erwähnte Pfandbrief von Ulrich Klingelfuss dürfte darauf hinweisen, dass der Fürst bei Vertrauensleuten und in komfortableren Verhältnissen in der Stadt oder bei den Bädern abgestiegen war. Ein wenig beachtetes Schriftstück aus dem Beginn des 15. Jahrhunderts erlaubt immerhin einen kleinen Einblick in die bauliche Situation der Burg. Am 6. Oktober 1410 setzte der österreichische Landvogt Graf Hermann von Sulz den aargauischen Adligen Henman von Liebegg zu seinem Statthalter in der Landvogtei Baden ein.¹¹ Henman musste sich unter anderem verpflichten, dem Landvogt oder dessen Gesinde «das under Gemach in der Veste Baden mit Stuben, Kuchi, Stallung und gantzem Gehuss offen» und Holz bereit zu halten. Das «untere Gemach» wird dem unteren Geschoss des Wohntraktes entsprechen haben; die Wohnverhältnisse waren sicher ziemlich beengt.

Obwohl als Sitz des Landvogtes und Aufbewahrungsort des Archivs eine habsburgische Zentralburg, war der Stein keineswegs jene waffenstarrende Anlage, wie sie in populären Bildern auftaucht. Henman von Liebegg war nicht nur Stellvertreter des Landvogtes, sondern in erster Linie Burgvogt, der zusammen mit vier Wächtern die Feste zu behüten hatte. Gleichzeitig musste er den Kaplan verpflegen, der möglicherweise auch für das Archiv zuständig war. Bei Abwesenheit des Landvogts hielt sich also ein halbes Dutzend Männer auf dem Stein auf, was nicht gerade für eine überragende Bedeutung sprach. Wie der Klagerodel Badens vom Frühsommer 1411 deutlich machte, befand sich zudem der Landvogt häufig auf

Reisen. Graf Hermann von Sulz war seit Frühjahr 1407 für die gesamten Vorlande zuständig, gleichzeitig hatte er eigene Herrschaftrechte im Neckar und im Klettgau wahrzunehmen. Kein Wunder, dass er sich in Baden auf Statthalter abstützte, die in der Regel aus dem regionalen Adel stammten und als rechte Hand des Landvogtes seine Interessen vertraten.

Im Vertrag mit Henman von Liebegg stand die Burghut im Vordergrund, ein grösseres Gewicht gewann zudem der finanzielle Aspekt. Als Lohn erhielt Henman für sich und die Wächter jährlich 300 Gulden, eine durchaus stattliche Summe. Dieses Geld stammte allerdings kaum aus jenen Einkünften, die zu Burg und Amt Baden gehörten. Die Bestallung von 1410 hielt nämlich deutlich fest, dass er keine «Miet, Gäb, Schenkung noch Gelait noch suss kainer hand Nutz über die dru hundert Gulden jnnemen» durfte, sondern dem Landvogt abgeben musste. Diese Begriffe erinnern daran, dass in der spätmittelalterlichen Verwaltung die Grenze zwischen Lohn, Ehrerbietung, Gunsterweis und Bestechung höchst diffus war. Amtsträger bezogen in der Regel einen bescheidenen Lohn und waren deshalb auf solche Gaben angewiesen; je einflussreicher der Empfänger, desto höher das «mehrdeutige Geschenk».¹² Zweifellos entsprachen der Sold für die Burghut, aber auch der «Lohn» eines Landvogtes ansehnlichen Summen. Diese deckten hauptsächlich die Spesen und erlaubten den «Beamten» ein standesgemässes Leben, waren jedoch gleichzeitig Druckmittel des Fürsten, der die Auszahlung immer wieder verzögerte und so seine Vertreter finanziell an kurzer Leine hielt.¹³ Die zusätzlichen Einkünfte wie Gaben und Geschenke waren deshalb attraktiv, konnten sie doch bei der Rechnungslegung vor dem Herzog verheimlicht werden. Dazu zählten vermutlich jene 300 Gulden, die Graf Hermann von Sulz Ende 1407 von den aargauischen Städten erhalten hatte, um bei Herzog Friedrich für einen Frieden mit den Eidgenossen zu werben.¹⁴ Sold, Spesen, Bestechung, Kalkül und Prestige formten eine von aussen schwer durchschaubare Einheit, die erst die Attraktivität habsburgischer Ämter erklärt.

Obschon die Habsburger sich immer weniger in den Vorlanden aufhielten, überliessen sie die Verwaltung nicht einfach blindlings Amtsleuten, sondern nahmen über die Ernennung und Absetzung von Landvögten sowie über die Rechnungslegung immer wieder direkten Einfluss. Baden war zwar als Sitz des Landvogtes wichtiges Zentrum der Vorlande, entschieden wurde in erster Linie aber weiterhin am herzoglichen Hof. Allzu grosse Eigenständigkeit und Eigenmächtigkeit zahlte sich für einen Landvogt kaum aus. Die kontrollierte Delegation von Herrschaft schuf eine Pyramide der Macht, in deren Mitte sich der Landvogt befand. Welche politische und wirtschaftliche Rolle die Anwesenheit eines Landvogtes für Baden hatte, zeigen die Abrechnungen von Engelhard von Weinsberg.¹⁵

Weniger bekannt ist die untere Hälfte der Pyramide, die mit der Einsetzung Henmans von Liebegg zum Statthalter greifbar wird. Ein Landvogt stützte sich nicht nur auf sein Gesinde ab, sondern auch auf Adlige, die mit den regionalen Verhältnissen bestens vertraut waren, in der Abwesenheit des Vogtes das Amt Baden verwalteten und über den Aargau hinaus herrschaftliche Befugnisse wahrnahmen.¹⁶ Henman von Liebegg übte sein Amt vermutlich nur gerade ein Jahr aus, wie in der Bestallung geregelt, nahm aber als habsburgischer Rat und Vertrauensmann vorher wie später eine einflussreiche Stellung ein.

Mit den Räten rückt schliesslich eine Personengruppe in den Vordergrund, die dem Landvogt zur Seite stand und gleichzeitig dem Herzog verpflichtet war, also eine Mittelstellung einnahm. Als regionale Vertreter und als schiedsgerichtliches Gremium übten sie eine wichtige Aufgabe innerhalb der Verwaltung aus. Sie berieten nicht nur Herzog und Landvogt in politischen Fragen, sondern griffen Anliegen der Untertanen auf und schlichteten Streitigkeiten. Zu den österreichischen Räten, die eine gesonderte Entlohnung erhielten, zählten Hoch- wie Niederadlige und – selten – Angehörige der städtischen Oberschicht, so der Badener Ulrich Klingelfuss.¹⁷ Es vermag kaum zu überraschen, dass sich die Räte wiederholt in Baden zu Tagungen zusammenfanden, besonders häufig unter den Landvögten Hans von Lupfen und Burkhard von Mannsberg. Damit schliesst sich der Kreis: Auch wenn die Stammlande seit dem 14. Jahrhundert innerhalb der weitgespannten habsburgischen Herrschaft an Bedeutung verloren hatten und Baden trotz Archiv und Landvogtei kaum hauptstädtische Funktionen ausübte, verschwanden die Fürsten und ihre Stellvertreter bis zum Zusammenbruch 1415 nie aus dem Stadtbild – ganz im Gegenteil. Als Bühne eines grossen Lehenstages gewann Baden vielmehr 1412 neuen Glanz, der allerdings rasch wieder verblichen war. Zurück blieben in erster Linie Landvogt, Statthalter und Räte, die für eine kontinuierliche Verwaltung sorgten und wenigstens fallweise der Limmatstadt zentralörtliche Aufgaben zuhielten, weniger innerhalb der österreichischen Vorlande als auf regionaler Ebene.

Anmerkungen

- ¹ Meyer, Werner: Die Verwaltungsorganisation des Reiches und des Hauses Habsburg-Österreich im Gebiete der Ostschweiz 1264–1460. Affoltern a/A 1933; Quarthal, Franz: Residenz, Verwaltung und Territorialbildung in den westlichen Herrschaftsgebieten der Habsburger während des Spätmittelalters. In: Rück, Peter (Hg.): Die Eidgenossen und ihre Nachbarn im Deutschen Reich des Mittelalters. Marburg 1991, 61–85; Marchal, Guy P.: Sempach 1386. Von den Anfängen des Territorialstaates Luzern. Beiträge zur Frühgeschichte des Kantons Luzern. Basel u. a. 1986.
- ² Köhn, Rolf: Regesten zu den beiden ältesten Registern Herzog Friedrichs IV. von Österreich. In: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 53 (1994), 41–99; auch Baum, Wilhelm: Friedrich IV. von Österreich und die Schweizer Eidgenossen. In: Rück (wie Anm. 1), 87–129.
- ³ Tschudi, Aegidius: Chronicon Helveticum, bearb. von Bernhard Stettler (QSG VII.7). Basel 1988, hier 61f.
- ⁴ Staatsarchiv Zürich C I 584. Zu Klingelfuss auch: Largiadèr, Ursina; Wildi, Tobias: Landadel, Stadtbürger und ihre Beziehungen zur Herrschaft. Landadel im habsburgischen Umfeld. In: Meier, Bruno (Hg.): Hie Baden – hie Schweizerland. 700 Jahre Stadt Baden oder: Unser Bild des Mittelalters (Sonderdruck aus den Badener Neu-jahrsblättern 72, 1997), 77–90; Máthé, Piroska Réka: «Österreich contra Sulz 1412». Verwaltung und Politik im Aargau unter Landvogt Graf Hermann von Sulz und der Streit um das Laufener Erbe. In: Argovia 99 (1987), 5–39.
- ⁵ Thommen, Rudolf: Urkunden zur Schweizerischen Geschichte aus österreichischen Archiven. Band II. Basel 1900, 505f.; auch Stettler (wie Anm. 3), 94.
- ⁶ Hottinger, J. J.: Siebenzehn Beschwerdeschriften dem Herzog Friedrich von Oestreich im Jahr 1411 aus seinen Herrschaften «der vordern Lande» eingereicht. In: Archiv für Schweizer Geschichte 6 (1849), 123–157, hier 147; dazu Stettler (wie Anm. 3), 96ff., und Máthé (wie Anm. 4).
- ⁷ Hottinger (wie Anm. 6), 138ff.
- ⁸ Stettler (wie Anm. 3), 98.
- ⁹ Marchal (wie Anm. 1), 58; zur Zürcher Überlieferung: Urkundenregesten des Staatsarchivs des Kantons Zürich. 4. Band: 1401–1415, bearbeitet von Urs Amacher und Peter Niederhäuser. Zürich 1999, 340ff.
- ¹⁰ Eidgenössische Abschiede. Band 1: 1245–1420, bearbeitet von Anton Philipp Segesser. Luzern 1874, 342ff.
- ¹¹ Generallandesarchiv Karlsruhe 10/1395; erwähnt bei Máthé (wie Anm. 4), 10f., und Köhn, Rolf: Der Landvogt in den spätmittelalterlichen Vorlanden: Kreatur des Herzogs und Tyrann der Untertanen? In: Quarthal, Franz; Faix, Gerhard (Hg.): Die Habsburger im deutschen Südwesten. Neue Forschungen zur Geschichte Vorderösterreichs. Stuttgart 2000, 153–198, hier 174.
- ¹² Groebner, Valentin: Gefährliche Geschenke. Ritual, Politik und die Sprache der Korruption in der Eidgenossenschaft im späten Mittelalter und am Beginn der Neuzeit (Konflikte und Kultur – Historische Perspektiven 3). Konstanz 2000.
- ¹³ Köhn, Rolf: Die Abrechnungen der Landvögte in den österreichischen Vorlanden um 1400. Mit einer Edition des *raitregisters* Friedrichs von Hattstatt für 1399–1404. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 128 (1992), 117–178.
- ¹⁴ Mittler, Otto: Geschichte der Stadt Baden. Band 1. Aarau 1962, 67.
- ¹⁵ Köhn, Rolf: Der österreichische Landvogt Engelhard von Weinsberg und die für ihn von Mai 1395 bis Juli 1396 geführten Abrechnungen. In: Argovia 106 (1994), 1–129.
- ¹⁶ Als Vertreter des Landvogtes wohnte Henman von Liebegg beispielsweise 1411 der Einsetzung der neuen Stadträte in Winterthur bei: Stadtarchiv Winterthur B 2/1, 36.
- ¹⁷ Máthé (wie Anm. 4), 11ff.